

N i e d e r s c h r i f t

über die 19. Sitzung des Verwaltungsausschusses der Stadt Krefeld am Donnerstag, 18. Juni 2009, 16:00 Uhr im Rathaus, Zimmer C 2

I. Öffentlicher Teil

Anwesend waren unter dem Vorsitz von Bürgermeisterin Meincke und Ratsherrn Fabel (von 17:00 Uhr bis 17:23 Uhr)

Mitglieder: Ratsherr Brockers
 Ratsherr Fabel
 Ratsfrau Hillmann
 Ratsherr Blondin für Ratsherrn Kaiser
 Ratsherr Siebertz für Bürgermeisterin Meincke (ab 17:00 Uhr)
 Ratsherr Minhorst
 Ratsherr Dr. Ruhland
 Ratsherr Horn für Ratsherrn Schittges
 Ratsfrau Nottebohm für Ratsherrn Butzen
 Ratsherr Hahnen
 Ratsherr Bovenkerk für Ratsherrn Kokol
 Ratsherr Meyer
 Ratsfrau Drießen-Seeger für Ratsfrau Schneppe
 Ratsfrau Schoofs
 Ratsfrau Matthias für Ratsfrau Mälzer
 Ratsherr Bönders für Ratsfrau Brinner
 Ratsherr Konow (ab 16:50 Uhr)
 Ratsherr Heitmann (ab 16:30 Uhr)
 Ratsherr Pasch

Sonstige: Fraktionsgeschäftsführer Könen
 Fraktionsgeschäftsführer Plaßmann

Verwaltung: Stadtdirektorin Zielke
 Ltd. Stadtrechtsdirektor Maritzen
 Stadtverwaltungsdirektor Schmitz
 Stadtamtsrätin Willner (ab 16:45 Uhr)
 Ltd. Stadtverwaltungsdirektor Drüggen
 Ltd. Stadtverwaltungsdirektor Döpcke
 Ltd. Branddirektor Dohmen (bis 17:23 Uhr)
 Branddirektor Meißner (bis 17:23 Uhr)
 Fachbereichsleiter Ackermann (bis 16:15)
 Stadtamtsrätin Peters
 Gleichstellungsbeauftragte Weinbörner
 Gesamtpersonalratsvorsitzende Schulze
 Stadtamtsrat Bangel

Um 16:00 Uhr eröffnet Bürgermeisterin Meincke den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt fest, dass die Einladung frist- und formgerecht erfolgt ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils verweist Bürgermeisterin Meincke auf den als Tischvorlage verteilten Antrag der SPD-Fraktion vom 15. Juni 2009. Die Tischvorlage wird einvernehmlich unter dem Tagesordnungspunkt 9 - City-Ambulanz Krefeld - beraten.

Der öffentliche Teil der Sitzung erhält demnach folgende Fassung:

	Vorlage-Nr.:	Anlage-Nr.:
<u>Tagesordnung:</u>		
<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1. Genehmigung der Niederschrift über die 18. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 26. März 2009 - öffentlicher Teil		
2. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die öffentliche Sicherheit und Ordnung auf den Verkehrsflächen in der Stadt Krefeld	4650/09	0877/09
3. Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege bis 2013 - Stufenplan II -	4702/09	
4. Prostitution an der Traarer Straße und an Alte Linner Straße / Seidenstraße	4731/09	
Antrag der Fraktion Krefelder Kreis/Die Unabhängigen vom 04. März 2009	4475/09	
5. Luftreinhalteplan für die Stadt Krefeld Voraussichtliche Einrichtung von Umweltzonen	4724/09	
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05. März 2009	4394/09	
6. Mittelstandsfreundliche Verwaltung für die Stadt Krefeld	4675/09	0882/09
Antrag der FDP-Fraktion vom 17. März 2009	4472/09	
7. Altersteilzeit bei der Stadtverwaltung Krefeld	4674/09	
Antrag der SPD-Fraktion vom 06. Mai 2009	4628/09	
8. Sachstandsbericht zur Umsetzung der Kampagne der Landesregierung für mehr Einbürgerungen in Krefeld sowie Sachstand zur aktuellen Entwicklung der Einbürgerungen in Krefeld	4696/09	
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Mai 2009	4657/09	
9. City-Ambulanz Krefeld	mdl. Berichterstattung	
Anträge der CDU-Fraktion vom 02. Juni 2009 sowie der SPD-Fraktion vom 15. Juni 2009	4677/09	
10 Hauptfeuerwache/Kartbahn im Bereich des ehemaligen Güterbahnhofes	mdl. Berichterstattung	
Antrag der CDU-Fraktion vom 03. Juni 2009	4676/09	
11 Mitteilungen und Anfragen		

Punkt 1:

Genehmigung der Niederschrift über die 18. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 26. März 2009 - öffentlicher Teil

Beschluss:

Die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 2:

Vorlage-Nr.: 4650/09, Anlage-Nr.: 0877/09

Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die öffentliche Sicherheit und Ordnung auf den Verkehrsflächen in der Stadt Krefeld

III, 32

Beschluss:

Aufgrund der §§ 1, 27 - 34 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden - Ordnungsbehördengesetz - (OBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.05.1980 (GV.NW.S. 528), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.12.1994 (GV.NW.S. 1115), wird die Ordnungsbehördliche Verordnung über die öffentliche Sicherheit und Ordnung auf den Verkehrsflächen der Stadt Krefeld wie folgt geändert:

§ 3 erhält folgende Fassung:

(1) Wer Hunde oder andere Tiere mit sich führt, hat unbeschadet der ihm nach dem Hundegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen, der Straßenverkehrsordnung und sonstigen Rechtsvorschriften obliegenden Pflichten dafür zu sorgen, dass diese nicht andere Personen oder Tiere gefährden oder schädigen können.

(2) Auf Kinderspielplätzen, Schulgrundstücken, Bolzplätzen, Spiel- und Liegeplätzen sowie in Bade- bzw. Sportanlagen dürfen Tiere mit Ausnahme von Blinden- und Diensthunden nicht mitgeführt werden.

(3) Tierhalter oder die mit der Beaufsichtigung der Tiere beauftragten Personen sind verpflichtet, die durch die Tiere verursachten Verunreinigungen unverzüglich zu beseitigen. Ausgenommen sind Rinnsteine.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 3:

Vorlage-Nr.: 4702/09

Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege bis 2013 - Stufenplan II -

Ratsherr Meyer verweist auf die Beratung im Jugendhilfeausschuss und hebt erneut hervor, dass die SPD-Fraktion in der Vergangenheit bereits mehrfach einen zukunftsorientierten Ausbau der Betreuungsplätze in Kindertagesstätten und Kindertagespflege gefordert habe, die allesamt abgelehnt worden seien. Die Umsetzung des SPD-Vorschlages wäre im Ergebnis einfacher gewesen, wenn das Thema früher angepackt worden wäre.

Ratsfrau Matthias begrüßt die Vorlage der Verwaltung. Zu Ihrer Frage zum Personalmehrbedarf merkt Stadtdirektorin Zielke an, dass eine entsprechende Ausweisung erforderlicher Stellen im Rahmen der Ausbauplanung für die kommenden Jahre vorgesehen sei.

Ratsherr Dr. Ruhland weist darauf hin, dass das Kinderförderungsgesetz (KiföG) einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr ab August 2013 garantiere. Die Verständigung von Bund, Ländern und Kommunen dies für 35 % der unter Dreijährigen zu realisieren, gelte es nunmehr auf kommunaler Ebene umzusetzen. Die Verwaltung habe in ihrer Vorlage im Rahmen eines Stufenplanes die Bedarfsfeststellung bis 2013 beschrieben. Seiner Ansicht nach handele es sich um eine Investition in die Zukunft der Gesellschaft, bei der nach Zielfestsetzung sich die Klärung der Umsetzung anschließe.

Stadtdirektorin Zielke merkt an, dass die Vorlage der Verwaltung den derzeit abzuschätzenden Mehrbedarf bis zum Jahre 2013 darstelle. Geplant sei, den Mehrbedarf in einem Gesamtvolumen von rd. 210 Stellen abhängig von den konkreten Planungen zum jeweiligen Kindergartenjahr im Rahmen der Stellenplanung zu beantragen. Stadtdirektorin Zielke weist in diesem Zusammenhang auf die Problematik der Personalrekrutierung hin, die sich infolge einer landesweiten Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben als schwierig erweisen könne.

Herr Ackermann führt auf Nachfrage von Ratsherrn Hahnen aus, dass die Beauftragung zur Erstellung eines technischen Umsetzungskonzeptes für die Baumaßnahmen der rund 40 städtischen Gebäude eine der ersten Maßnahmen darstelle. Die Vorlage eines Umsetzungskonzeptes einschließlich der betroffenen Standorte sei zu Beginn der nächsten Legislaturperiode vorgesehen.

Gegen den Vorschlag der Verwaltung zur Bildung eines Unterausschusses „Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren / Stufenplan II“ des Hauptausschusses bestehen keine Bedenken.

V, 51
I, 01
II, 20
III, 10

Beschluss:

Der Verwaltungsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 4:

Vorlage-Nrn.: 4731/09 u. 4475/09

Prostitution an der Traarer Straße und an Alte Linner Straße/Seidenstraße
Antrag der Fraktion Krefelder Kreis/Die Unabhängigen vom 04. März 2009

Ratsfrau Matthias merkt an, dass ihrer Ansicht nach Versäumnisse in der Stadtpolitik ursächlich für das Ausmaß der Prostitution seien. Sie regt für die Zukunft eine sorgfältige Prüfung und Einbeziehung der Thematik an.

III, 32

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5:

Vorlage-Nrn.: 4724/09 u. 4394/09

Luftreinhalteplan für die Stadt Krefeld/Voraussichtliche Einrichtung von Umweltzonen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05. März 2009

Ratsherr Bönders verweist zu diesem Thema auf die bereits geführte Diskussion im Ausschuss für Umwelt, Energie, Ver- und Entsorgung und führt ergänzend aus, dass seit August letzten Jahres die Anordnung der Landesregierung vorläge, für das gesamte Stadtgebiet Krefelds ein Luftreinhalteplan aufzustellen. Diesbezüglich kritisiert er die Zurückhaltung der Stadtverwaltung in Bezug auf ihre Umsetzungsbemühungen und wirft ihr Verzögerungstaktik vor. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zielt auf die Initiative der Verwaltung zur Umsetzung erster präventiver Maßnahmen ab. Sowohl für den Fuhrpark der Stadt Krefeld als auch für den der Städtischen Werke bestehe unter Umweltgesichtspunkten dringender Handlungs- und Modernisierungsbedarf. Eine Veränderung gegenüber dem im Jahre 2006 vorgelegten unbefriedigenden Sachstandsbericht der Verwaltung zum Fahrzeugbestand nach Schadstoffgruppen sei seiner Ansicht nach nicht erkennbar. Ratsherr Bönders zeigt sich enttäuscht, dass die Verwaltungsvorlage keine Ausführungen zum Fuhrpark der Städtischen Werke beinhalte. Er appelliert an die Verwaltung, die im Antrag gestellten Maßnahmen sukzessiv umzusetzen.

Ratsfrau Nottebohm unterstützt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und führt begründend den geringen Anteil der erdgasbetriebenen Busse bei den Städtischen Werken an. Unter Bezugnahme auf die Verwaltungsvorlage spricht Sie sich für eine kontinuierliche Unterrichtung der Politik über die in der Arbeitsgruppe entwickelten Maßnahmen aus.

Ratsherr Fabel hält den Fraktionsantrag vor dem Hintergrund fehlender Kostenanalysen für nicht zielführend und regt entsprechende Prüfungen im Einzelfall bei anstehenden Neuanschaffungen an. Er gibt für den Bereich der Städtischen Werke zu Bedenken, dass eine Befürwortung des Antrages indirekt auch eine Zusage zu Gebührenerhöhungen nach sich ziehe.

Ratsherr Hahnen merkt an, dass die Städtischen Werke derzeit an einem entsprechenden Umstellungskonzept unter Einbeziehung wirtschaftlicher Gesichtspunkte arbeiten. Zudem sieht er auch ein stadtbaupolitisches Problem.

Herr Döpcke erinnert an die intensive Diskussion im Ausschuss für Umwelt, Energie, Ver- und Entsorgung und merkt an, dass die Initiierung und Umsetzung von Maßnahmen erst dann sinn-

voll sei, wenn der für das gesamte Stadtgebiet Krefeld zu erstellende Luftreinhalteplan einschließlich des dazugehörigen speziellen Datenmaterials vorliege. „Symbolische“ Aktionen seien weder hilfreich noch zielführend. Verfahrenstechnisch verweist Herr Döpcke auf seine Ausführungen in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 19. November 2008. Danach seien im Rahmen der beabsichtigten Beteiligung am kommunalen Umweltschutzprogramm der Klimaschutzinitiative des Bundes neben den förderfähigen Projekten auch Teilprojekte, beispielsweise zur Bewertung des städtischen Fuhrparks bzw. zur Definition von Umweltstandards für die Beschaffung von Fahrzeugen, geplant.

Auf Antrag von Ratsherrn Bönders stellt Bürgermeisterin Meincke den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung.

VI, 36
II, 20

Beschluss:

1. Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
2. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05. März 2009 zur Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen der Einhaltung der Abgas-Norm Euro 4 wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich

Punkt 6:

Vorlage-Nrn.: 4675/09 u. 4472/09; Anlage-Nr.: 0882/09

Mittelstandsfreundliche Verwaltung für die Stadt Krefeld
Antrag der FDP-Fraktion vom 17. März 2009

Ratsherr Heitmann erklärt, dass die FDP-Fraktion weiterhin an einer Mitgliedschaft der Stadt Krefeld in der „Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V.“ zur Erlangung eines entsprechenden Gütesiegels festhalte. Unter Verweis auf den entsprechenden Antrag der FDP-Fraktion führt er begründend aus, dass es in Krefeld trotz einer Wirtschaftsförderung mit zwei Geschäftsführern und der Zielsetzung einer one-stop-agency an einem geeigneten Instrument zur Verbesserung des Verwaltungshandelns fehle. Nach Auffassung der FDP-Fraktion bestehe zwar ein grundsätzliches Bekenntnis zur „Mittelstandsfreundlichen Verwaltung“, jedoch fehle es an geeigneten Umsetzungsmaßnahmen zur verbesserten Kundenorientierung in Bezug auf Strukturen, Verfahren und Bearbeitungszeiten. Abhilfe könne die Einführung von Qualitätsstandards, wie sie die „Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V.“ vorsehe, mit dem Ziel einer Zertifizierung leisten.

Auf die Frage von Ratsherrn Fabel ergänzt Ratsherr Heitmann, dass es sich bei der Gütegemeinschaft um einen eingetragenen Verein handle, zu dessen Gründungsmitgliedern unter anderem die Städte Dortmund, Hamm, Mülheim an der Ruhr sowie die Kreise Unna, Steinfurt und Neuss zählen und zu deren förderndes Mitglied sich die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) bekenne.

Ratsherr Hahnen unterstreicht die Ausführungen von Ratsherrn Heitmann und schließt sich namens der SPD-Fraktion dem Antrag der FDP-Fraktion an. Seiner Auffassung nach sei dringender Handlungsbedarf in Bezug auf effektives und effizientes Verwaltungshandeln gegeben. Er verweist auf undifferenzierte Entscheidungsstrukturen und fehlende Zielvereinbarungen mit Anreizen. Ratsherr Hahnen äußert sich mit Blick auf die zunehmenden Leerstände sowie den Bemühungen zur Erschließung zusätzlicher Gewerbegebiete kritisch zur vorgelegten Verwaltungsvorlage.

Auf Antrag von Ratsherrn Heitmann stellt Bürgermeisterin Meincke den Antrag der FDP-Fraktion zur Abstimmung.

- I, 01 Beschluss:
II
III, 10 1. Der Verwaltungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.
 2. Dem Antrag der FDP-Fraktion vom 17. März 2009 zur Mitgliedschaft der Stadt Krefeld bei der „Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V.“ wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion und der Fraktion Krefelder Kreis/Freie Wähler

Punkt 7:

Vorlage-Nrn.: 4674/09 u. 4628/09

Altersteilzeit bei der Stadtverwaltung Krefeld
Antrag der SPD-Fraktion vom 06. Mai 2009

Ratsherr Hahnen verbindet die Kenntnisnahme der Verwaltungsvorlage mit dem Antrag, die Altersteilzeit für Beschäftigte ab dem 55. Lebensjahr deutlich auszubauen.

Stadtdirektorin Zielke verweist unter Bezugnahme auf den im letzten Jahr dem Verwaltungsausschuss vorgelegten Personalbericht auf das Problem der „Überalterung“ der städtischen Beschäftigten und der damit einhergehenden altersstrukturellen Probleme. Sie führt aus, dass eine Altersteilzeit für Beschäftigte unter 60 Jahren nur in Verbindung mit einer entsprechenden Stelleinsparung unter finanziellen Gesichtspunkten darstellbar sei. In Kenntnis dessen sei ihrer Ansicht nach der von Ratsherrn Hahnen formulierte Antrag nicht pauschal sondern einzelfallbezogen zu würdigen.

Ratsherr Heitmann zeigt Verständnis für die Ausführungen von Stadtdirektorin Zielke, hält jedoch eine finanzwirtschaftliche Betrachtungsweise für nicht zielführend und erteilt einer grundsätzlichen Genehmigung von Altersteilzeit für Beschäftigte unter 60 Jahren ebenfalls eine Absage. Er unterstützt jedoch das Ansinnen, Altersteilzeit bei Mitarbeitern unter 60 Jahren stärker zu praktizieren.

III, 10 Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8:

Vorlage-Nrn.: 4696/09 u. 4657/09

Sachstandsbericht zur Umsetzung der Kampagne der Landesregierung für mehr Einbürgerungen in Krefeld sowie Sachstand zur aktuellen Entwicklung der Einbürgerungen in Krefeld
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Mai 2009

Ratsherr Bönders erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und knüpft an die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 19. November 2008 an, in der die Verwaltung angekündigt habe, angesichts dramatisch zurückgehender Einbürgerungszahlen die Kampagne der Landesregierung für mehr Einbürgerungen zu unterstützen. Der im gesamten Bundesgebiet weiterhin feststellbare rückläufige Trend hinsichtlich der Einbürgerungszahlen sei auch in Krefeld zu verzeichnen. Das Jahr 2008 weise die niedrigste Anzahl der seit 2003 kontinuierlich sinkenden Einbürgerungsanträge aus. Diesbezüglich sei dringender Handlungsbedarf gegeben. Er erkundigt sich vor dem Hintergrund einer zu forcierenden Umsetzung der Landeskampagne für mehr Einbürgerungen, die seiner Auffassung nach zusätzliche personelle Ressourcen erforderlich mache, nach der derzeitigen personellen Situation im Ausländerbereich. Abschließend zeigt sich Ratsherr Bönders erfreut über die Ankündigung des Oberbürgermeisters, dass die Stadt Krefeld nach dem Vorbild der Zeremonie im Kanzleramt einen Festakt für die in diesem Jahr in Krefeld eingebürgerten Migranten prüfe.

Ratsherr Fabel merkt an, dass die entscheidende Frage sei, warum sich so wenig einbürgern ließen. Seiner Ansicht nach ist dies mit fehlenden finanziellen Vor- und Nachteilen zu begründen.

Ratsherr Heitmann weist darauf hin, dass am 19. November 2008 im Verwaltungsausschuss der einstimmige Beschluss gefasst worden sei, die Kampagne für mehr Einbürgerungen der Landesregierung NRW bei der Erarbeitung eines Integrationskonzeptes für die Stadt Krefeld zu berücksichtigen. Er plädiert dafür, diesbezügliche inhaltliche Diskussionen in den eigens dazu eingerichteten Gremien zu führen.

Stadtdirektorin Zielke erläutert, dass für die Umsetzung der Landeskampagne kein spezielles Personal vorgehalten werde. Diesbezügliche Fragen seien im Rahmen der Erarbeitung des Integrationskonzeptes zu erörtern.

III, 32

Beschluss:

Der Verwaltungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Um 17:00 Uhr verlässt Bürgermeisterin Meincke die Sitzung und Ratsherr Fabel übernimmt den Vorsitz der Sitzung.

Punkt 9:

Vorlage-Nr.: 4677/09

City-Ambulanz Krefeld
Anträge der CDU-Fraktion vom 02. Juni 2009 sowie der SPD-Fraktion vom 15. Juni 2009

Stadtdirektorin Zielke gibt zunächst einen kurzen Überblick über den derzeitigen Sachstand der gerichtlichen Auseinandersetzung zwischen dem privaten Rettungsdienst City-Ambulanz und der

Stadt Krefeld. Ein erstes Klageverfahren, das auf die erstmalige Erteilung einer zusätzlichen Genehmigung für den Einsatz eines Rettungswagens gerichtet war, ist durch Urteil des VG Düsseldorf vom 31.5.2006 und durch Beschluss des OVG vom 17.7.2008 abgeschlossen. Beide Entscheidungen bestätigen den ablehnenden Bescheid der Stadt Krefeld wegen Unzuverlässigkeit des Einzelkaufmannes und Betriebsinhabers.

Das z.Zt. anhängige Hauptsacheverfahren vor dem VG Düsseldorf ist auf die Wiedererteilung der zum 31.12.2007 ausgelaufenen, an den Einzelkaufmann personengebundenen Genehmigungen gerichtet. Die Stadt hatte dies abgelehnt und im Hinblick auf die vorliegenden gerichtlichen Entscheidungen aus 2006 und 2008 die sofortige Vollziehbarkeit angeordnet.

In dem hiergegen durchgeführten Einstweiligen Verfahren hat das VG Düsseldorf mit Beschluss vom 3.2.2009 und das OVG mit Beschluss vom 30.4.2009 die Anordnung des Sofortvollzuges der Stadt nachdrücklich bestätigt. Über den anschließend beim Bundesverfassungsgericht eingereichten Antrag auf Erlass einer Einstweiligen Anordnung gibt es bisher keine Entscheidung. Die Stadt Krefeld habe zunächst bis zu dieser Entscheidung die sofortige Vollziehung der Schließung ausgesetzt und dulde derzeit die Fortsetzung des Betriebes.

Zum weiteren Verfahren nach Beendigung der gerichtlichen Auseinandersetzung führt Stadtdirektorin Zielke aus, dass sich dann ein neues Verfahren eröffne. Die Verwaltung werde schnellstmöglich das nach dem Rettungsdienstgesetz bzw. europäischen Vorschriften vorgesehene Verfahren, u.a. Bedarfsprüfung, Ausschreibung, unter Beteiligung der Ratsgremien durchführen. Dabei stünde es der City-Ambulanz, anderen Privaten oder Hilfsorganisationen frei, Anträge zu stellen bzw. sich zu bewerben.

Herr Dohmen gibt zusätzliche Erläuterungen und stellt eingangs unmissverständlich klar, dass die Sicherheit der Krefelder Bürger nicht gefährdet sei. Unter dem Aspekt zeitkritischer Transporte und deren Auswirkungen auf die Bevölkerung erläutert er die bei der City-Ambulanz bestehenden Genehmigungen für Kranken-, Sekundär- sowie Notfalltransporte. Die bei einer Stilllegung des Betriebes gegebenenfalls entstehende Versorgungslücke bei der Notfallrettung sowie beim 3. Notarzt könne innerhalb kürzester Zeit durch den öffentlichen Rettungsdienst und die Einbindung der in Krefeld tätigen Hilfsorganisationen von MHD und DRK aufgefangen werden. Die konkreten Vorbereitungen sind getroffen.

Ratsherr Fabel fordert im Namen der CDU-Fraktion die uneingeschränkte Sicherstellung der Notfallrettung in Krefeld, auch bei einem Entzug der Betriebsgenehmigung des privaten Rettungsdienstes City-Ambulanz. Dies zu gewährleisten sei oberste Aufgabe der Verwaltung.

Ratsherr Hahnen unterstreicht grundsätzlich die Ausführungen von Ratsherrn Fabel. Seiner Ansicht nach erscheint eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Blick auf die hohen Einsatzzahlen der City-Ambulanz sinnvoll. Er bittet die Verwaltung um nähere Informationen zur Sachlage und fragt an, ob innerhalb der Verwaltung Überlegungen bestünden, die Standorte der Rettungswachen im Krefelder Stadtgebiet auszudehnen.

Stadtdirektorin Zielke erinnert daran, dass bereits im Zusammenhang mit den Beratungen der Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes 2007 die Verschiebung der Rettungswache Nord West in Richtung Hüls und die zusätzliche Abdeckung der westlichen Stadtteile thematisiert wurde. Im Zusammenhang mit dem anstehenden Prüfverfahren werden sicher auch diese Aspekte einzubeziehen sein.

III, 37

Beschluss:

Der mündliche Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 10:

Vorlage-Nr.: 4676/09

Hauptfeuerwache/Kartbahn im Bereich des ehemaligen Güterbahnhofes
Antrag der CDU-Fraktion vom 03. Juni 2009

Ratsherr Fabel verweist zu dieser Thematik auf die Beratung und Beschlussfassung im Ausschuss für Stadtplanung und Stadtsanierung und fragt nach, ob darüber hinaus ergänzender Beratungsbedarf bestehe.

Ratsherr Hahnen spricht sich nochmals für den Erhalt der Kartbahn am bestehenden Standort aus. Auch wenn der Neubau der Feuerwache erste Priorität habe, seien alle Möglichkeiten zum Erhalt der Bahn auszuschöpfen. Diesbezügliche Verhandlungen solle die Verwaltung mit dem Grundstücks- und Gebäudeeigentümer führen.

III, 37

Beschluss:

Der mündliche Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 11:

Mitteilungen und Anfragen

Es liegen keine Mitteilungen und Anfragen vor.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 17:23 Uhr

gez. Meincke

Bürgermeisterin

gez. Fabel

Ratsherr

gez. Bangel

Schriftführer